



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Gendersprache in der Landesverwaltung abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Erlass der Bildungsministerin, an den Schulen des Landes auch zukünftig ausschließlich die vom Rat für deutsche Rechtschreibung empfohlenen Rechtschreibregeln zu benutzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, eine einheitliche Rechtschreibung entsprechend des Rats für deutsche Rechtschreibung in der gesamten Landesverwaltung und sämtlichen sonstigen Landeseinrichtungen sicherzustellen.

Begründung:

Die Rechtschreibregelnd des Rats für deutsche Rechtschreibung gelten seit 2006 verbindlich an allen Schulen im Land. Im Schulalltag kam es gleichwohl teilweise zu einer Verselbständigung, bei der von diesen Regeln nicht gedeckte Schreibweisen auch unter Zuhilfenahme von Sonderzeichen wie Asterisken (sog. „Genderstern“), Doppelpunkten oder Unterstrichen verwendet wurden. Der Erlass der Bildungsministerin ist eine wichtige Klarstellung, dass an den Schulen im Land eine einheitliche Rechtschreibung gelehrt wird.

Folgerichtig muss dieser Schritt allerdings nicht nur an den Schulen, sondern in sämtlichen Einrichtungen des Landes gegangen werden, um einen einheitlichen amtlichen Sprachgebrauch sicherzustellen. Die Verwendung einer frei geschöpften Rechtschreibung ist nicht zuletzt geeignet, Schüler zu verwirren, wenn ihnen die von offiziellen Stellen genutzte Schreibweise im Schulumfeld als Fehler korrigiert würde.

Die unterschiedlichen Schreibweisen führen zu vielen sinnlosen und linguistisch widersprüchlichen Formen. Sie sind willkürlich und stellen eine Zersplitterung des amtlichen Sprachgebrauchs dar.

Die Verwendung der korrekten Schreibweise führt überdies auch zu einer bürgernahen Verwaltung: Laut einer infratest-Umfrage aus dem Mai 2021 lehnen rund 65% aller Deutschen die Gendersprache ab. Mehrheiten gegen die Gendersprache fanden sich dabei auch bei Anhängern der Grünen (48% Ablehnung gegenüber 47% Zustimmung), der SPD (57% Ablehnung), der CDU (68% Ablehnung), aber auch der Linken (72% Ablehnung), der FDP (77% Ablehnung) und der AfD (83% Ablehnung).

Claus Schaffer und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD